



Eigentlich müsste der Bundespräsident vor allem ein Bürgerpräsident sein

Fraktionsvorsitzender Bodo Ramelow: Warum Joachim Gauck nicht der Bundespräsident meines Herzens sein kann

Wie in den Medien kurz vor Redaktionsschluss dieses Parlamentsreports am 20. Februar gemeldet wurde, ist die Nominierung Joachim Gaucks für das Bundespräsidentenamt in Thüringen ein strittiges Thema. Aus Sicht der LINKEN ist Gauck „unwählbar“. Darüber sprach sich die Linksfraktion dafür aus, eine Frau für das höchste Staatsamt zu nominieren.

Wie Bodo Ramelow gegenüber der Nachrichtenagentur dapd sagte, wolle die LINKE bei der Suche nach einem geeigneten Kandidaten auf die Piratenpartei zugehen.

Unter der Überschrift „Warum Joachim Gauck nicht der Bundespräsident meines Herzens ist“ erklärte der Fraktionschef im Thüringer Landtag:

„Nein, Joachim Gauck kann nicht der Bundespräsident meines Herzens sein. Ich habe an jedem Tag der Woche einen anderen Grund, ihm mein Vertrauen nicht zu geben – und keiner davon hat mit seiner früheren Tätigkeit als Leiter der Stasi-Unterlagenbehörde zu tun. Gauck ist jemand, der erstens Tilo Sarrazin als ‚mutig‘ lobt, der zweitens die deutsche Kriegsbeteiligung in Afghanistan für ‚gerechtfertigt‘ hält, der drittens Hartz IV als ‚richtig‘ bezeichnet und damit Kinderarmut ignoriert, der viertens die Occupy-Bewegung, die gegen die Macht der Finanzmärkte kämpft, als ‚unsäglich albern‘ abqualifiziert, der fünftens Wikileaks das Recht abspricht, Geheimdokumente zu veröffentlichen,

aber die anlasslose Speicherung aller Telekommunikations-Verbindungsdaten (‚Vorratsdatenspeicherung‘) beschönigt, der sechstens die Bespitzelung meiner Partei durch den Inlandsgeheimdienst Verfassungsschutz legitimiert und der schließlich siebte einen Staatsakt für die Opfer des Neonazi-Terrors ablehnt.

Herr Gauck ist für mich deshalb keineswegs der unabhängige ‚Vermittler zwischen Regierten und Regierenden‘, als der er sich selbst stilisiert. Es handelt sich bei ihm viel eher um jemanden, der bei wichtigen gesellschaftspolitischen Debatten sehr einseitig Stellung bezieht und der mit jeder dieser Äußerungen die Gesellschaft weiter spaltet.

Die anderen Bundestagsparteien haben mit ihrem unwürdigen Geschacher vom Sonntag außerdem bewiesen, dass sie die Linkspartei, die immerhin bundesweit fünf Millionen Wählerinnen und Wähler politisch repräsentiert und in Thüringen 2009 mehr als ein Viertel der Wählerstimmen errungen hat, ausgrenzen wollen.“

Parteilpolitische Hinterzimmerspiele

Nach dem Rücktritt von Christian Wulff als Bundespräsident am 17. Februar hatte Bodo Ramelow betont: „Das Amt des Bundespräsidenten ist durch zwei Amtsinhaber, die Merkels Vertrauen hatten, nachhaltig beschädigt. Die Verantwortung für diese Pan-

denserie und die enorme Amtsbeschädigung trägt einzig und allein die CDU-Bundesvorsitzende.“ Der Fraktionsvorsitzende der LINKEN weiter:

„Wer meint, in dieser Situation sofort wieder parteipolitische Hinterzimmerspiele veranstalten zu müssen, hat a) nichts begriffen, b) kein Verantwortungsbewusstsein für eigenes Versagen und versucht vor allem, parteipolitischen Honig aus einer supergroßen Koalition unter Ausschluss der LINKEN zu saugen“, kritisierte Bodo Ramelow Merkels Verhalten als „endgültig dem Amt unwürdig“.

Bodo Ramelow hatte für „Mut und Kraft“ plädiert, „das Ansehen des Amtes zu stärken“ und es grundlegend zu ändern: „Der Bundespräsident müsste ein Bürgerpräsident sein, zuständig für sämtliche Volksentscheidungen und Bürgerinitiativen“, schlug er vor und erneuerte seine Haltung für eine Volkswahl zum Bundespräsidenten.

Letzte Meldungen:

Der Termin für die Wahl des neuen Bundespräsidenten wurde auf Sonntag, den 18. März, festgelegt.

Dem Landtag muss die genaue Zahl der Wahlmänner und -frauen mitgeteilt werden und die Parteien müssen sich auf ihre Vertreter für die Bundesversammlung verständigen bevor der Landtag diese wählen kann. Für die Bundesversammlung 2010 entsandten die Parteien 18 Vertreter nach Berlin, CDU und Linke gemäß der Sitzplatzverteilung je sechs Kandidaten. Die SPD vier, FDP und Grüne je einen. ■

KOMMENTIERT:

von Ralf Hauboldt

Personalgeschachere

Die CDU-SPD-Koalition beschädigt mit ihrem Personalgeschachere das wichtige Amt des Thüringer Datenschutzbeauftragten. Um einen solchen politisch und menschlich unverantwortlichen Umgang mit dieser Personalle ein für alle Mal zu unterbinden, müssen die Regeln für die Besetzung der Funktion umfassend geändert werden.

Die LINKE hat daher einen Gesetzentwurf zur Stärkung der Unabhängigkeit des Thüringer Datenschutzbeauftragten in den Landtag eingebracht. Kernforderung ist, dass die Funktion des Datenschutzbeauftragten auf Grundlage eines öffentlichen Stellenausschreibungsverfahrens mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit vom Landtag besetzt werden muss. Zudem soll der Datenschutzbeauftragte nach dem Modell aus Schleswig-Holstein in einem „Unabhängigen Datenschutzzentrum“ noch eigenständig und mit verbesserter Logistik arbeiten.

Die Landesregierung verliert ihr alleiniges Vorschlagsrecht, denn es soll jeder Einwohner in Thüringen Bewerbungsvorschläge an den Landtag herantragen können, die dann entsprechend der zuvor erfolgten öffentlichen Stellenausschreibung bewertet werden. Mit einem solchen öffentlichen und transparenten Verfahren wird verhindert, dass die so grundrechts- und bürgerrechtsrelevante und von hohen fachlichen Anforderungen geprägte Funktion des Datenschutzbeauftragten durch Deals von Parteien zu einem bloßen Versorgungsposten entwertet wird. Datenschutz ist in der heutigen medialen und digitalen Gesellschaft ein zu wichtiges Thema, um mit der Kontrollfunktion des Datenschutzbeauftragten zu spielen.

Als eine große Gefährdung der Arbeitsfähigkeit der Landesdatenschutzbehörde bewertet es die Linksfraktion, dass durch eigene Kündigungen von Stelleninhabern die dortige Personaldecke stark ausgedünnt wird. Offenbar sind die Zerwürfnisse zwischen Fachbehörde und Regierungskoalition tief. Diese akut schwierige personelle und logistische Situation im Bereich Datenschutz kann und muss durch die Schaffung eines Unabhängigen Datenschutzzentrums für einen umfassenden strukturellen und personellen Neuanfang genutzt werden. ■

AKTUELL

Masserberg wird erneut Thema im Haushaltsausschuss

„Spaßbäder, Wasser- und Abwasserpolitik und ein Landesausgleichsstock nach Gutsherrenart: Irgendwoher müssen ja 16 Milliarden Euro Schulden aus 20 Jahren CDU-Finanzpolitik in Thüringen kommen“, so hatte Mike Huster, finanzpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, auf die Verantwortung für die in Masserberg entstandene desaströse Situation verwiesen.

Wie MDR-Radio Thüringen am 19. Februar vermeldet hatte, seien in den vergangenen elf Jahren fast 61 Millionen Euro an zusätzlichen Hilfen in den finanziell angeschlagenen Fremdenverkehrsort Masserberg gepumpt worden, dies gehe

aus einer Aufstellung des Thüringer Finanzministeriums hervor. Die jährlich gewährten Summen aus dem Landesausgleichsstock bewegten sich zwischen 800.000 Euro und zweistelligen Millionen-Beträgen.

Mike Huster informierte, dass die LINKE im Haushalts- und Finanzausschuss die Befassung mit Masserberg beantragt hat und vereinbart wurde, dass nach der Zuleitung von Fragen durch die Fraktionen in der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses im März durch die Landesregierung umfangreicher Bericht erstattet werden soll. „Bernhard Vogel und Dieter Althaus – und in Masserberg im Besonderen Ex-Finanzminister Trautvetter – haben dieses Land mit ihrem blinden Wach-

tumsglauben an den Rand einer Pleite getrieben“, sagte der Finanzpolitiker.

Zuvor hatten auch die Abgeordneten Jörg Kubitzki, gesundheitspolitischer Sprecher, und Tilo Kummer, Hildburghäuser Wahlkreis-Abgeordneter der Linksfraktion, vor einer katastrophalen Situation für die beschäftigten Mitarbeiter, aber auch für die Region und die Gemeinde Masserberg gewarnt. „Nun stehen 200 Mitarbeiter vor einer ungewissen Zukunft und ein wichtiger Gesundheits- und Tourismusstandort in Südthüringen ist real gefährdet.“ Ziel müsse es daher sein, Möglichkeiten einer besseren Auslastung der in Masserberg vorhandenen Kapazitäten, zum Beispiel durch die Sozialversicherungsträger, zu suchen. ■